

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. September 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 940 Postulat Schnider-Schnider Gabriela und Mit. über die Durchführung einer Berufszufriedenheitsumfrage beim Luzerner Lehrpersonal / Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Gabriela Schnider-Schnider ist damit einverstanden.
Stefan Dahinden beantragt Ablehnung.

Gabriela Schnider-Schnider: Haben Sie gewusst, dass das Luzerner Lehrpersonal den Umgang mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern als grösste Belastung angibt? Oder dass das Gefühl bedrückend ist, als Lehrperson nicht für alle Aufgaben genügend Zeit zu haben? Eine mangelnde gesellschaftliche Wertschätzung oder fehlende Entwicklungsmöglichkeiten, die Lohnperspektive im mittleren Alterssegment usw.? Diese Belastungsfaktoren können dem Ergebnis der Online-Umfrage entnommen werden, welche die Dienststelle Volksschulbildung (DVS) im vergangenen Spätherbst durchgeführt hat. Es sind also bei Weitem mehr als die nur immer wieder gern erwähnten strukturell bedingten Hauptgründe wie die Entwicklung der Schülerzahlen, die Altersstruktur oder der Beschäftigungsgrad. Hinzu kommt, dass bedeutende Ereignisse und Entwicklungen die Welt und damit die Gesellschaft in den letzten Jahren stark verändert haben. Dadurch ist auch der Lehrberuf noch anspruchsvoller geworden. Im Frühjahr 2022 habe ich mich mit eben diesen Fragen befasst und meine Gedanken im vorliegenden Postulat formuliert. Wo drückt eigentlich der Schuh genau? Welche Ursachen heizen den Mangel an genügend ausgebildetem Lehrpersonal an, und vor allem: wann wurde das Lehrpersonal umfassend nach seinen Befindlichkeiten befragt? Ich finde es grossartig, dass die Umfrage inzwischen im Trockenen ist. So haben wir bereits heute die Antworten der betroffenen Lehrpersonen auf dem Tisch und können jetzt über ihre tatsächlichen Befindlichkeiten sprechen. Im 64-seitigen Schlussbericht über die Befragung zum Lehrpersonenmangel im Kanton Luzern sind nicht nur die vorhin erwähnten Belastungsfaktoren aufgelistet. Es gibt auch positive Erkenntnisse, wie zum Beispiel, dass den Lehrpersonen die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wichtig ist und ihnen gefällt. Sie schätzen die Autonomie in ihrer Arbeitsgestaltung und die Zusammenarbeit im Team. Auch die Jobsicherheit wird lobend erwähnt. Leider ist das therapeutisch tätige Fachpersonal bei der Befragung nicht mit einbezogen worden. Wir wissen, dass gerade der Mangel an Heilpädagoginnen und Heilpädagogen besonders gross ist und die Wartezeiten für Beratung und Behandlung entsprechend lang sind. Jetzt ist es wichtig, dass nach Abschluss der Befragung und der Analyse rasch Taten folgen. Es ist begrüssenswert, dass die Regierung hierzu bereits eine breit abgestützte Arbeitsgruppe eingesetzt hat, welche die

verschiedenen Interessen von Kanton, Gemeinden und Verbänden vertritt. Zusätzlich sind wir alle gefordert: vom Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) über die DVS, die Politik und die Zulieferer wie die Pädagogische Hochschule (PH) bis hin zum betroffenen Lehrpersonal selbst. Alle müssen einen Schritt tun, nämlich zuhören, die Themen offen angehen, Kompromisse schmieden und Anpassungen dort vornehmen, wo sie nötig, zielführend und umsetzbar sind. Die Mitte-Fraktion bedankt sich für die bereits erfolgte wertvolle Lehrpersonenbefragung und ist mit der teilweisen Ehelicherklärung einverstanden.

Stephan Dahinden: Das Postulat fordert die Durchführung einer umfassenden Berufszufriedenheitsumfrage beim Lehrpersonal im Kanton Luzern, um dem Lehrpersonenmangel entgegenzuwirken. Auf den ersten Blick war mir diese Forderung sympathisch. Beim genaueren Betrachten musste ich jedoch feststellen, dass die Forderung unnötig ist. Im Jahr 2022 wurde bereits eine umfassende Befragung durch die DVS in Zusammenarbeit mit der Firma Econcept AG durchgeführt. Es ist nun angebracht, die Ergebnisse dieser Umfrage zu analysieren und sinnvolle Verbesserungen nachhaltig umzusetzen. Zusätzlich wird im Postulat gefordert, eine Umfrage bei den Schulen der Tertiärbildung durchzuführen, die nicht in den Aufgabenbereich des Kantons fällt. Ich habe mich intensiv mit verschiedenen Lehrpersonen und Schulleitern in der Region ausgetauscht. Diese Lehrkräfte haben sich deutlich dahingehend geäußert, dass sie keine weiteren unnötigen administrativen Belastungen wünschen. Wir sollten die wertvollen Ressourcen der Lehrkräfte auf keinen Fall mit überflüssigen bürokratischen Aufgaben strapazieren. Der von der Regierung vorgeschlagene Lösungsvorschlag, die bereits geplante Befragung der kantonalen Lehrkräfte zu erweitern, könnte eine gangbare Alternative sein. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab. Wir glauben, dass wir bereits geeignete Massnahmen ergriffen haben und keine zusätzliche Umfrage notwendig ist, um dem Lehrermangel effektiv entgegenwirken zu können.

Jörg Meyer: Die SP-Fraktion teilt die von der Postulantin vorgebrachten Argumente und unterstützt deshalb auch die teilweise Erheblicherklärung, dies aber mit drei wichtigen Anmerkungen. Auch wir sind klar der Meinung, dass alle Berufsgruppen, die an einer Volksschule zum Erfolg beitragen, mit einbezogen werden müssen. Eine Volksschule ist ein Kosmos, ein Ökosystem, zu dem alle beitragen: Das beginnt beim Hausdienst und geht über das Schulsekretariat bis hin zu den therapeutischen Berufen. Eine Zufriedenheit entsteht nicht nur singular mit einer einzelnen Berufsgruppe. Ebenso sind wir klar der Meinung, dass es für die Gymnasialstufe und die kantonalen Berufsfachschulen eine spezifische Zufriedenheitsumfrage benötigt. Bei den in der Stellungnahme des Regierungsrates erwähnten Umfragen im Vier-Jahres-Rhythmus geht es um die regulären Mitarbeitendenbefragungen durch den Arbeitgeber, wie beispielsweise bei der Dienststelle Justiz- und Strafvollzug, beim Strassenverkehrsamt oder bei der Dienststelle Raum und Wirtschaft. Ich glaube aber, dass die Gymnasien und die Berufsfachschulen einen spezifischen Fokus brauchen. Zudem ist es uns sehr wichtig, wie solche Prozesse gestaltet werden. Man kann eine Firma damit beauftragen, die einen sozialwissenschaftlich fundierten und ausgeklügelten Fragebogen ausarbeitet. Danach erfolgt eine Auswertung durch Experten, und in der Hierarchie geht es rauf und runter. Irgendwann liegt ein Resultat vor, und es werden Massnahmen präsentiert. Das war einmal. Ich glaube, in der heutigen Arbeitswelt und gerade bei Lehrpersonen herrscht eine andere Erwartungshaltung, wie der Prozess und die Auswertung gestaltet werden sollen. Dazu gehört auch der Einbezug der Betroffenen in die Auswertung. Auch das trägt matchentscheidend zur Zufriedenheit bei, wenn man Teil von etwas ist und nicht einfach am Schluss Erkenntnisse vorgesetzt bekommt. Hier würde ich den Kanton ermutigen, in den nächsten Jahren neue, moderne Formate auszuprobieren und die

Beteiligten schon während des Prozesses zu Mitbetroffenen zu machen.

Martin Wicki: Es ist mir unklar, was mit einer weiteren Befragung tatsächlich erreicht werden soll. Es ist doch offensichtlich, dass die Probleme längst auf dem Tisch liegen. Mit einer weiteren Befragung geht es darum, Zeit zu schinden, um die bestehenden Probleme nicht anerkennen zu müssen. In diversen und teils langen Gesprächen mit der Lehrerschaft und Klassenassistenzen wurden die Mängel längst geäussert und erkannt. Es muss erreicht werden, dass sich die Lehrerinnen und Lehrer wieder auf ihre Kernkompetenz – die Wissensvermittlung – beschränken können und nicht ihre Zeit der Erziehung der Kinder widmen müssen. Die Erziehung und die Grundlagen für eine effiziente Schulausbildung müssen auch von den Eltern mitgegeben werden. Die steigende Anzahl an Elternabenden mit Übersetzern und Anwälten darf nicht länger toleriert werden und schadet der Bildungsarbeit. Es muss ein Miteinander aller Beteiligten sein mit klar geregelten Verantwortungen und Kompetenzen, die von allen Parteien konsequent angewendet und eingehalten werden müssen. Die absolute Integration in die Regelklassen ist offensichtlich gescheitert und benachteiligt so auch den grössten Teil der lernwilligen Kinder. Die Integration erhöht die Anforderungen an die Lehrerschaft und führt bei den Lehrpersonen zu erheblich mehr Stunden pro Kind, die aber nicht effizient genutzt werden können. Der Lehrpersonenmangel lässt grüssen. So stehen beispielsweise auf der Klassenliste einer 1. und 2. Primarmischklasse sieben Bildungspersonen. Dies führt zu Ablenkungen und einer verwässerten Autorität. Rebellierende oder aufmüpfige Kinder sind das Ergebnis fehlender Aufmerksamkeit der über- und auch unterforderten Kinder, da den Lehrerinnen und Lehrern zu wenig Zeit für die Bildung bleibt. Es muss doch möglich sein, dass sich die Lehrerschaft wieder auf die Wissensvermittlung konzentrieren kann und nicht in der Erziehung wirken muss. Eine Abschaffung der Leistungsbeurteilung ist dabei nicht hilfreich. Zudem werden wir die steigenden Kosten im Bildungsbereich mit dem heutigen System nicht in den Griff bekommen.

Ursula Berset: Die GLP-Fraktion teilt die Meinung der Postulantin und stimmt der teilweisen Erheblicherklärung als Postulat zu. In unseren Augen sind die Umfragen bei den Mitarbeitenden ein wesentliches Element einer Lernendenorganisation und auch zentral für die Qualitätssicherung. Dabei ist für uns die Haltung wichtig, wie eine solche Umfrage durchgeführt wird. Die Ergebnisse der Umfrage müssen ernst genommen und es müssen Massnahmen ergriffen werden, auch wenn das unangenehm sein kann. Sonst ist nicht nur eine Chance zur Weiterentwicklung vertan, sondern die Lehrerschaft wird dadurch verärgert. Wir erwarten von der Regierung ein mutiges und weitsichtiges Handeln. Mit der breit abgestützten Arbeitsgruppe wurde sicher ein erstes Gefäss geschaffen. Diesbezüglich möchte ich auch das Votum von Jörg Meyer unterstützen. Der Prozess soll idealerweise sehr partizipativ gestaltet werden, denn so ist die Wirkung am grössten.

Fabrizio Misticoni: Genauso wie der Regierungsrat und wohl auch die meisten hier im Saal erachtet es die Grüne Fraktion als sehr wichtig und absolut unerlässlich, dem Mangel an Lehrpersonen entgegenzuwirken. Die Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen in unserer Gesellschaft, insbesondere in der Schweiz. Die Bildung fördert den sozialen Aufstieg, sie führt zu Innovation und zu wirtschaftlichem Wachstum. Die Zufriedenheit im Beruf ist sicher ein entscheidender Faktor bei der Wahl und dem Verbleib im Beruf. Die Forderung des Postulats ist mehr oder weniger bereits erfüllt. Aus unserer Sicht ist es aber sehr wichtig, dass aus den gewonnenen Erkenntnissen auch Massnahmen umgesetzt werden, die dem Mangel effektiv und nachhaltig entgegenwirken. Die Lehrpersonen und die Schulleitungen sollen dadurch aber nicht mit weiteren Zusatzaufgaben belastet werden. Folgerichtig stimmen wir der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Ich stelle fest, dass wir viele Gemeinsamkeiten haben. Der Grundsatz, dass wir Daten erheben und auf der Basis dieser Daten Massnahmen erarbeiten wollen, ist unbestritten. Ebenso unbestritten scheint mir, dass alle Player gefordert sind. Wir wollen die Situation gemeinsam analysieren und die richtigen Massnahmen erarbeiten und diese auch gemeinsam auswerten. Ich gehe mit Jörg Meier einig, wenn er sagt, dass es dabei spezifische Befragungen braucht. Die Bedürfnisse und die Wahrnehmungen sind unterschiedlich. Deshalb ist es richtig, dass man diese auch in die entsprechenden Befragungen einfliessen lässt. Bei der Gestaltung des Prozesses gibt es eine leichte Differenz. Ich denke nicht, dass es möglich ist, die Fragestellungen gemeinsam zu erarbeiten. Das führt dazu, dass die Fragestellungen so lauten, dass das Richtige dabei herauskommt. Das gilt es vom wissenschaftlichen Standpunkt aus sicher zu verhindern. Gabriela Schnider-Schnider hat die Herausforderung grundsätzlich gut aufgezeigt. Was bleibt, ist die Differenz mit der SVP-Fraktion. Dabei geht es darum, ob es mit der Befragung bereits getan ist oder ob es eine Weiterentwicklung braucht. Für mich als Bildungs- und Kulturdirektor und für die Regierung ist es wichtig, dass wir wissen, wie es den Lehrpersonen geht. Die Selbstwahrnehmung ist ein wichtiges Element, um die richtigen Massnahmen ergreifen zu können. Es ist nicht das einzige Element, denn eine Wahrnehmung kann immer verzerrt sein. Aber es ist ein zentrales Element, wenn wir die Massnahmen erarbeiten. Aber – und das sage ich Ihnen ganz klar – mit diesen Befragungen, die wir bereits gemacht haben, wird es nicht getan sein. Wir werden Massnahmen präsentieren, und diese werden wir evaluieren wollen und müssen. Danach ist eine neue Befragung wiederum ein richtiges Instrument, um zu spüren, ob die Massnahmen ankommen und ob wir die gesteckten Ziele erreichen. Es ist wichtig, dass wir uns einig sind, wie wir diese Befragungen durchführen. Den Hinweis der Postulantin auf die 14 Faktoren des Dachverbandes nehmen wir gerne so entgegen und wollen diese in zukünftige Befragungen einfliessen lassen. Die Regierung empfiehlt Ihnen, das Postulat teilweise erheblich zu erklären. Der Rat erklärt das Postulat mit 80 zu 28 Stimmen teilweise erheblich.